Ostsachsen

Die Ortsgruppe Leuben für den Offenen Brief der Exekutive

Am 14. September sprach der Genosse M. Schneider in der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Leuben über die politische Lage und den Brief der Exekutive. Nach sehr reger Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen.

Die Mitgliederversammlung erklärt sich mit dem Inhalt des Offenen Briefes der EKKI. einverstanden. **Verpflichtet sich mit allen Kräften in den Gewerkschaften zu arbeiten, um auch in Deutschland einen starken linken Flügel in den Gewerkschaften heranzubilden. Die Linksorientierung der Arbeitermassen in den Sportorganisationen (siehe Russenspiel), Freidenkerbewegung (SPD.-Arbeiter lehnen die Spaltung ab!) und im Betrieb (Sammlung für Rußlanddelegation, Bericht der Delegierten) macht es uns zur Aufgabe, in kameradschaftlicher Form den SPD.-Arbeitern den Weg aus diesem Dawes-Deutschland nach Osten, Sowjetrußland, zu zeigen.**

Die Bezirksleitung wird ersucht, nach dem Landesparteitag eine Konferenz der Obmänner der Betriebe und Betriebszellendelegierten abzuhalten, um die Arbeit im Betrieb intensiver zu gestalten.

Radeberg. Am Freitag und Sonnabend läuft in den „Kaiserhof-Lichtspielen" der ADGB.-Film: „Die Schmiede". Wir verweisen auf das Inserat in der heutigen Nummer.

Pirna

Aus der Stadtverordnetensitzung

In der letzten Stadtverordnetensitzung haben die Verfechter der Privatwirtschaft eine geradezu katastrophale Niederlage erhalten. Weil die Sache so außerordentlich wichtig ist und die Feststellung dessen, was ist, nicht gründlich gemacht wurde, wollen wir an dieser Stelle schnell noch den Charakter der Vorlage von der Woba besprechen.

Bei jeder Vorlage, die in früherer Zeit dem Stadtverordnetenkollegium vorlag, bei der es galt, Gelder zu bewilligen, damit die Stadt bauen und Wohnungen erstellen konnte, traten die Herren Franke und nicht zuletzt Herr O. Müller mit der Redensart auf, daß es besser sei, die Stadt ließe die Hände vom Bauen und überlasse das dem „staatserhaltenden Stande" der Hausbesitzer. Gab es dann eine Diskussion über städtische Mieten, immer konnte man das alte Lied hören: Stadtbauten sind zu teuer. Ja, wenn gar hier in eigener Regie gebaut werden sollte, so war ganz Polen offen.

Um nun für diese ihre Theorie einen Boden zu gewinnen, gingen einige dieser Leutchen zusammen, nahmen einige aus der Inflation gerettete Märker und gründeten eine Wohnungsbaugesellschaft. Diese sollte auch vielen, die gern eine Wohnung hätten, aber bei der „verfluchten" Zwangswirtschaft keine erhalten konnten, zu einer verhelfen. Denn nicht alle Wohnungen erhielt das Wohnungsamt zur Verfügung, die die Woba erstellte. So konnte wenigstens ein wenig der Geldsack dazu beitragen, eine Wohnung zu beziehen. Aber das weit Wichtigere war, man wollte den Beweis erbringen, daß der Privatbauherr besser und billiger baut als die Stadt. Man wollte den Beweis erbringen, daß die Wohnungszwangswirtschaft schuld ist, wenn der private Hausbesitz nicht baut. Man wollte weiter den Beweis erbringen, daß die Stadt durch ihre Wohnungserstellung die Mieter prellt.

Die Woba baute — ob schlecht oder gut, soll hier nicht untersucht werden. Es kann und ist auch schon Schlimmeres passiert, als daß bloß eine Esse vergessen wurde. Wir kennen aus einem eigenen Erlebnis, daß ein Spekulant wohl die Klosetträume nach der Zeichnung mit eingebaut hatte, aber die Türen vergaß, weil er blind baute. Wir sagen, es ist das Schlimmste nicht, wenn man den Bau fertig hat und es fehlt — eine Esse. Der Regiebau der Esse kann auch das Gesamtergebnis der großen Rechnung nicht erschüttern. Kurz und gut, nachdem die Bauten fertig sind, kriegen die Leutchen das Gruseln.

Nicht billiger, sondern bedeutend teurer haben sie gebaut. So teuer, daß sie selbst zugeben müssen: **Die Mieten sind unerschwinglich.** Und nun wieder das alte Lied, die „Zwangswirtschaft", das war der einzige Strohhalm, an den sich Herr Franke klammerte. Das übrige Gerede, das war — wie der Mann selbst — geeignet, am Biertisch in etwas gehobener Stimmung Beifall auszulösen, aber nicht dazu angetan, um auch nur die tatsächliche Niederlage zu verwischen.

Was kommt nun? Stadtsäckel, hilf uns aus unserem Dalles! So lag ein Antrag vor auf Erlaß oder Ermäßigung der Zinsen für die Mietzinssteuer.

Als die Kommunisten bei Vergebung der Mietzinssteuer für Herabsetzung des Zinsfußes auf 1 Prozent plädierten, war man im Kreise Franke strikt dagegen. Damals handelte es sich um Stadt und Siedler. Aber wenn es um eigenes geht — da kann man anders. So wurde beschlossen, den Zinsfuß für Mietzinssteuer auf 1 Prozent herabzusetzen und 2 Prozent für Amortisation. Bei dieser Auseinandersetzung gab der Herr Oberbürgermeister bekannt, daß die Sparkasse ihren Zinsfuß für Baugelder herabgesetzt habe. —

Etwas sehr Interessantes war noch zu beobachten bei der Diskussion über den Wucher mit Baumaterialien. Herr Franke begründete die teuren Baustoffe mit der ungeheuerlichen Steuerlast, die auf der Produktion liegt. Auch hier wieder Drehscheibe. Die Steuern werden von Franke u. Co. unangenehm empfunden, aber daß gerade seine Gönen die Steuern geschaffen, scheint er sich nicht überlegt zu haben.

Eine Lösung bleibt nur: Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise. Ueberführung in die Gemeinwirtschaft.

•

Proletarischer Kunstabend

(Vom Arbeiterkorrespondenten Qu.)

Für die Rote Hilfe wurde vom Ortskomitee der KP. am Montag, den 14. September, ein proletarischer Kunstabend veranstaltet. Die „Rote Truppe", unter der Leitung des bekannten Satirikers Strzelewicz, gestaltete mit einem guten Programm die Veranstaltung zu einem wirklichen proletarischen Kunstabend. Die einzelnen Darbietungen und die Dekoration waren durchgängig ausgezeichnet. Wir können nur wünschen, daß allen Proleten diese Kunst zugängig gemacht wird. Die proletarischen Organisationen sollten mehr als bisher Kunstabende mit der Roten Truppe veranstalten, um auch in künstlerischer Form der Arbeiterschaft die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes klar zu machen. Leider war der Besuch den Darbietungen entsprechend noch nicht befriedigend, wir hoffen, daß der nächste Kunstabend ein brechend volles Haus bringen wird. Die am 14. September Anwesenden werden dafür sorgen.

Heidenau

Neue Zeitungsleser wurden geworben von

Genossen	Thieme	14 Abonnenten
„	Kuhn	7 „
„	Höntzsch	3 „
„	Weichelt	3 „
„	Winkler	6 „
„	Herrklotz	4 „
„	Barthel, Erich	3 „
„	Weber	2 „
„	Barthel, Oskar	1 „
„	Rülke	3 „
„	Scholz	1 „
„	Günther	1 „

•

Falsche Neutralität in der Freidenkerfrage

(Vom Arbeiterkorrespondenten A.)

Die Ortsgruppe Heidenau der GpF. hielt am Montag, den 14. September 1925, ihre Mitgliederversammlung im „Deutschen Hause" zu Heidenau ab. Die Versammlung war von etwa hundert Personen besucht.

Zur Tagesordnung stand, wie jetzt überall, die Auseinandersetzung zwischen den beiden Freidenkerzentralen. SPD.-Genosse Schlicke, als Mitglied des Landesvorstandes Sachsen, berichtete nach seinem eigenen Ausspruch, so wie er persönlich den ganzen Streit auffasse, und legte den Hauptwert auf die kleinen persönlichen Reibereien zwischen Wolf und Maier-Kanyla, ohne den Kernpunkt, nämlich die sachlichen Differenzen, die zum Konflikt führten, ausführlicher zu erörtern. Er schlägt zum Schlusse eine Resolution des Vorstandes der Bezirks- und Ortsgruppe Heidenau zur Annahme vor, in der gesagt wird: „Der hiesige Bezirk wird einstweilen selbständig bleiben und keine Beiträge an die Zentralen gleich welcher Richtung abführen. Außerdem soll versucht werden, den Kopf der Zentrale von Leipzig wegzuziehen und mit völlig neuen Personen, die durch den Streit, so wie er jetzt besteht, nicht belastet sind, zu besetzen." Trotzdem anerkannt werden soll, daß Schlicke sich die größte Mühe gab, seinen Bericht sachlich zu geben, so kam durch seine Rede doch ab und zu die Furcht vor dem bolschewistischen Spaltungsbazillus zum Ausdruck, so z. B. als er den Genossen Simonis-Leipzig als „anrüchig" bezeichnete, weil er in der Leitung des Roten Frontkämpferbundes tätig gewesen sei!

Die nun folgende Aussprache eröffnete Gen. Hosemann, der, ausgehend von den verschiedenen Vorgängen in der Freidenkerbewegung, klar zum Ausdruck brachte, daß der Vorstand Simonis-Wolf der allein gültige Hauptvorstand der GpF. sei. **Es ist deshalb die Aufgabe der Ortsgruppe, sich klar zu entscheiden für Simonis-Wolf, um so der neuen Zentrale auch durch finanzielle Unterstützung die Möglichkeit zu geben, sich in der Oeffentlichkeit durchzusetzen und allen Spaltungsbestrebungen irgendwelcher dunkler Elemente ein Ende zu bereiten.**

Hosemann stellt deshalb den Antrag: Die Ortsgruppe Heidenau beschließt den Anschluß an die Freidenker-Zentrale der Richtung Simonis-Wolf.

Die Ausführungen Hosemanns riefen natürlich sofort die größte Kanone der hiesigen SPD.-Gruppe, den Minister a. D. Schwarz auf den Plan, der, obwohl er so tat, als wenn er in der Streitfrage sich eine Klarheit noch nicht hätte schaffen können, die Ausführungen Schlickes als nicht erschöpfend darstellte. Nach seiner Meinung hatte wahrscheinlich Schlicke nicht genug in „Kommunistenhetze" gemacht. Als der Punkt schon erledigt war, entschlüpfte Schwarz bei Besprechung des Verhältnisses zur Berliner Feuerbestattungskasse ungewollt die Aeußerung, daß doch alle Rederei zur Einigkeit nutzlos sei, **die Spaltung müsse unbedingt kommen,** also die SPD.-Bonzen geben sich die größte Mühe, die Spaltung vorwärts zu treiben. Schwarz hatte wahrscheinlich die Anwesenheit eines KPD.-Genossen, der den Konflikt aus der Praxis kennt, erwartet, denn er war mit Protokollen aller Art und Zeitungsartikeln gut versehen und konnte deshalb kein Sprüchlein aus dem FF. Daß Schwarz nicht vergaß, die bösen Kommunisten mit der Bildung von Fraktionen innerhalb der Freidenkerbewegung zu belasten und festzustellen, daß die Zellen sogar in politischer Beziehung der Zentrale der Partei unterstehen, ist klar, er vergaß aber hinzuzufügen, daß auch die Dresdner SPD.-Freidenker zu besonderen Zusammenkünften gerufen wurden, also Fraktionsbildung durchgeführt haben. Nach weiterer Aussprache, in der Hosemann vor allen Dingen den Anwurf gegen Simonis zurückweist, wird der Antrag Hosemann gegen 15 Stimmen abgelehnt und beschlossen, vorläufig neutral zu bleiben.

Hoffentlich werden auch die sozialdemokratischen Arbeiter, die ehrlich die Einheit wollen, erkennen, daß eine neutrale Stellung unmöglich ist und daß ihre Pflicht sie zwingt, gegen die Spalter Maier-Kanyla und für die rechtmäßige Leitung Simonis' Stellung zu nehmen.

Neugersdorf

Abfuhr für die Spalter der GpF.

Die hiesigen proletarischen Freidenker nahmen abermals zum Konflikt der Freidenker Stellung. Genosse Heinicke, Dresden, schilderte eingehend den ganzen Konflikt und gab einen Bericht von der Hauptversammlung am 1. und 2. August. Die Richtung Maier-Kanyla wolle keine Einigung, wie auch die Verhandlung am Freitag vor dem Oberlandesgericht gezeigt hätte. Den Bericht von der Bezirkskonferenz erstattete Gen. Alw. Hoffmann. Der Konferenz haben zwei Anträge vorgelegen. Ein Antrag von Flammiger, Dutschke, Hoffmann für die Richtung Simonis, der andere von Schlegel, Uhlemann, Kühn für die Richtung Maier. Die Konferenz habe sich in namentlicher Abstimmung mit 25 Stimmen gegen 10 Stimmen bei einer Stimmenthaltung für die Richtung **Simonis entschieden.** Es entspann sich nun eine längere zum Teil sehr erregte Diskussion. Schlegel (SPD.) trat in längeren Ausführungen gegen Heinicke auf, welcher nicht der Wahrheit gemäß berichtet hätte. Er tischte die Wechselgeschichte von Wolf wieder auf. Angriffe machte er auch gegen Dutschke. Beschuldigungen erhob er auch gegen den Vorstand, daß er nur einseitig für die Richtung Simonis Partei ergriffen hätte. Deshalb kam es zwischen Dutschke-Schlegel und Schlegel-Heinicke zu scharfen Auseinandersetzungen. Durch Zwischenrufe von vielen Mitgliedern konnte man schon bemerken, daß sie für Heinicke Partei ergriffen. Genosse Schluka, Löbau, welcher ebenfalls anwesend war, ermahnte die Anwesenden noch in bewegten Worten, jeden Parteihader in Zukunft beiseitezulassen. Die proletarischen Freidenker haben die Aufgabe, gegen die geistige und materielle Not der Arbeiter die Fackel der revolutionären Aufklärung zu werfen. Starker Beifall folgte seinen Ausführungen. Der Berichterstatter von der Konferenz, Genosse Hoffmann, brachte eine folgende Resolution ein:

„Die heute im „Nußbaum" tagende Versammlung der proletarischen Freidenker, Ortsgruppe Neugersdorf, stellt sich **rückhaltlos hinter die Beschlüsse der Bezirkskonferenz am 30. Aug.** im Schützenhaus in Oberoderwitz. Der Vorstand wird umgehend beauftragt, sämtliche Gelder sofort **der Richtung Simonis zu übermitteln.** Die Versammlung fordert weiter, daß der **internationale Freidenkerbund** noch versuchen möge, eine **Einigung** herbeizuführen, damit in geschlossener Front der Kampf gegen das Pfaffentum wieder aufgenommen werden kann."

Auf Antrag von Schlegel wird über die Resolution getrennt abgestimmt. Der erste Absatz betr. der Richtung Simonis wurde gegen die Stimme Schlegels, der sich der Abstimmung enthielt, angenommen. Der zweite Passus wurde einstimmig angenommen. Sämtliche anwesenden Genossen der SPD. (bis auf zwei, welche zur Richtung Schlegel gehören, und vor der Abstimmung das Lokal verließen) haben ebenfalls für die Richtung Simonis gestimmt. Die Spalter haben also auch hier eine gehörige Abfuhr bekommen.

Arbeiterkorrespondent I.

Schafft Rote Hilfe!

Staatliche Marterhöhlen in Sachsen!

Von A. Lieberasch.

(Fortsetzung.)

Walter Kaufmann beschwert sich am 2. März 1924 über ungenügende ärztliche Behandlung. Kaufmann hat während seiner Untersuchungshaft in der Anstalt 2 in Leipzig wegen Ueberfüllung mit seiner Matratze auf dem Fußboden liegen müssen. Er hat sich dort eine Erkältung zugezogen, die sich auf die Augen legte. Ursprünglich bekam er essigsaure Tonerde zu Umschlägen. Auf sein Verlangen, seine Augen doch einmal gründlich zu untersuchen, habe er immer die Antwort bekommen: „Da sind sie ja schon wieder". Im Jahre 1923 wird er auf sein Drängen aus der Untersuchungshaft entlassen und begibt sich nach der Universitätsklinik Leipzig. Dort erklärte der Professor den Studenten im Hörsaal, daß seine Krankheit nur durch äußerst nachlässige Behandlung so weit um sich greifen konnte. In Waldheim wird er nach seiner Ueberführung von Dr. Hoffmann, Döbeln, untersucht, der sich einem früheren Gutachten eines Dr. Stapel anschloß. Er erklärte sich bereit, eine Operation an der Nasenscheidewand vorzunehmen. Anfang November bittet Kaufmann den Anstaltsarzt darum, Dr. Hofmann von Döbeln zur Operation nach Waldheim kommen zu lassen. Der Anstaltsarzt lehnt dies als zu teuer ab. Er wolle seine Ueberweisung nach der staatlichen Klinik in Leipzig beantragen. Sechs Wochen später erklärt derselbe Arzt, seine Ueberführung nach Leipzig könne nicht stattfinden. Kaufmann macht seit 10 Monaten täglich zweimal heiße Umschläge auf die Augen und schmiert die Nase seit 1½ Jahren mit Salbe. Sein Zustand wird immer schlimmer.

Hermann Koch wehrt sich unter dem 24. Februar 1924 gegen die unmenschliche Behandlung in Waldheim. Die Ernährungsweise ist eine solche, daß der Erfolg nicht in Erhaltung der Arbeitskraft, sondern in der Bevölkerung des Friedhofes bestehen müsse. Die Speisen bestünden zum großen Teil aus Suppen. Die Arbeitszeit betrage 10 Stunden. Die Schlafstätten seiner Abteilung befinden sich im Dachgeschoß und bestehen aus Strohsack und Decken. Im Winter sei es zwischen dem Gebälk so kalt, daß die Gefangenen vor Kälte nicht schlafen könnten. Er wendet sich gegen die „Erziehungsmethoden" in der Anstalt. Ueberall heißt es: „ist verboten", „wird bestraft", aber nirgends findet sich ein Hinweis, daß die Gefangenen auch Rechte hätten. Er verlangt mehr Zeit am Tage, um die Zeitung lesen zu können. Zurzeit stehen ihm nur 40 Minuten, das ist seine freie Zeit, am Tage zur Verfügung. Weil Koch dem Beamten gegenüber mißtrauisch ist — im Hinblick auf die Rechtlosigkeit der Gefangenen ein sehr verständlicher Zustand —, wird er von der Anstaltsdirektion als Psychopath bezeichnet. Er beschwert sich weiter über die Behandlung in der Krankenabteilung. Als er mit einem anderen auf den Arzt warten mußte, habe er sich leise mit ihm unterhalten. Der Wachtmeister Bredo habe ihn dann am Arme gepackt, beiseitegerissen und ihn wie einen Hund angebrüllt, ob er nicht lesen könne? Auf seine Beschwerde beim Amtmann erklärte ihm dieser, es sei doch weiter nichts dabei. Bei allen seinen Beschwerden bei der Anstaltsleitung wird er als Psychopath und Mensch mit vollständig zerrütteten Nerven behandelt. Ein Eingehen auf seine Beschwerden gäbe es überhaupt nicht. Er verlange nur, auch als Gefangener, eine Behandlung als Mensch. Es ist kennzeichnend, wenn er deshalb als Querulant bezeichnet wird. Der Arzt sähe in ihnen nur die Gefangenen, aber nicht kranke Menschen, die seiner Hilfe bedürfen. Die fettlose Ernährungsweise führe zu dauernden Stuhlverstopfungen und zu Haarausfall. Die Gefangenen müßten durch diese Methoden zugrunde gehen.

Max Baum wendet sich unter dem 21. September 1923 dagegen, daß sie in derselben Zelle schlafen müssen, in der sie arbeiten. Die Arbeit entwickle sehr großen Staub. Die Klosetteinrichtung besteht in einem Holzkübel mit Toneinsatz; der Geruch trägt nicht zur Besserung der Luft bei. Der Preis für das Essen, pro Tag eine Mark, sei zu hoch. Ein Liter Essen mit drei Maden, von denen die längste ein Fingerglied lang sei, acht Stück eingelegte Bohnen und ein Stück Brot, oder gekochtes Obst oder Kartoffeln mit Salzhering zusammengekocht, sei zu wenig für dieses Geld und sei keine Kost.

Hans Wiesner schildert unter dem 27. Juli 1924 seine Behandlung. Er war mit der ärztlichen Behandlung des Anstaltsarztes nicht zufrieden und hatte die Absicht, ihn wegen Verletzung seiner Berufspflicht zu verklagen. Daraufhin schickt der Anstaltsarzt ihn zur Beobachtung seines Geisteszustandes nach der Heilanstalt. Der Arzt, Dr. von Rabenau, Psychiater, kann nach 2mal 4monatiger Beobachtung feststellen, daß Wiesner ein besonders scharfes Gedächtnis habe. Er kommt dann wieder nach der Gefangenenanstalt zurück. Wiesner ist Kriegsinvalide und besitzt nur ein Auge. Er wurde ursprünglich mit Tütenkleben und dann mit Lederarbeiten beschäftigt. Infolge der schlechten Lichtverhältnisse bildete sich auf seinem gesunden Auge Kurzsichtigkeit. Er verlangt grobe Arbeit, um die Sehkraft nicht ganz einzubüßen.

Wenn die Gefangenen Papier zu Beschwerden an das Justizministerium verlangen, dann erhalten sie nicht so viel, als sie ihrer Ansicht nach brauchen, die Menge wird willkürlich von der Leitung bestimmt.

Dem einäugigen Kriegsinvaliden wird, weil er das vorgeschriebene Pensum nicht leisten kann, vorgeworfen, er sei ein Faulenzer und wolle sich von der Arbeit drücken. Er wurde deshalb bestraft mit Entziehung der Nachgabekost. Obwohl durch die Untersuchung des Spezialarztes Dr. Handmann in Döbeln festgestellt wird, daß das rechte Auge nur ein Sechstel Sehkraft besitzt und das linke Auge 1,5 kurzsichtig sei, erklärt der Anstaltsarzt, an der Bestrafung nichts ändern zu können, da Wiesner vom Abteilungsleiter als Faulenzer bezeichnet wird. Für eine zweite Beschwerde erhält Wiesner nur einen halben Bogen, dies sei vom Ministerium so bestimmt; für solche Leute wie er sei, habe der Anstaltsleiter den Eindruck, daß er es bei Wiesner nicht mit einem normalen, seelisch gesunden Menschen zu tun habe. Die beiden Eingaben werden der Regierung zur Kenntnis überwiesen, damit den Beschwerden Rechnung getragen und Abhilfe geschaffen wird. Nach einiger Zeit erklärt der Anstaltsarzt, er wolle mit Wiesner einmal eine Nervenkur durchmachen. Am 7. Februar 1925 erscheint der Wachtmeister mit 4 anderen Gefangenen, Wiesner wird geholt. Der Arzt will Wiesner angeblich hypnotisch schlafen lassen, um seine Krankheit wegzubringen. Wiesner, der als einäugiger Kriegsinvalid in die Anstalt eingeliefert und als solcher geführt wird, der infolge seiner geschwächten Sehkraft das Pensum nicht leisten kann, deshalb als Faulenzer bezeichnet und bestraft wird, soll geheilt werden, indem man ihn hypnotisch schlafen lassen will. Sonderbare Heil- und Erziehungsmethoden.

(Fortsetzung folgt.)